

Rhetorischer Sprung nach vorn

Innere Überzeugung oder Druck von außen? Seit der Staatsrat in Peking Mitte Januar einen Maßnahmen-Katalog zur „Erweiterung der Öffnung und zur aktiven Verwendung von ausländischen Investitionen“ vorgelegt hat, rätseln Experten über die Motive. Im Interview teilt Hubert Lienhard, Vorsitzender des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, seine Einschätzung.

Herr Lienhard, wie ernst nehmen Sie den 20-Punkte-Plan, mit dem die chinesische Regierung konkrete Schritte für erleichterte Investitionen und einen offeneren Markt einleiten will?

Es ist kein Zufall, dass der Plan genau an dem Tag veröffentlicht wurde, an dem Präsident Xi Jinping in Davos sein Plädoyer für Globalisierung und freien Handel gehalten hat. China sendet damit ein starkes politisches Signal für eine weitere Marktöffnung. Vielleicht ist es auch eine Reaktion auf die von Donald Trump angekündigte protektionistische Wirtschaftspolitik, die China sehr stark unter Druck setzen könnte. Ein weiterer Faktor ist die schwierige wirtschaftliche Lage im eigenen Land. China befindet sich in einer strukturellen Transformationsphase. Die alten Wachstumstreiber, Infrastrukturinvestitionen und Export, ziehen nicht mehr so richtig und die neuen, wie etwa ein stärkerer Dienstleistungssektor und eine innovative Hightech-Industrie, kommen eben gerade erst in Schwung. Auf Chinas Volkswirtschaft lastet ein enormer Druck, das zeigt sich unter anderem in dem hohen Kapitalabfluss aus dem Land. In dieser Situation ist China mehr denn je auf die positiven Impulse von ausländischen Direktinvestitionen angewiesen. Investoren in Europa und den USA üben sich jedoch zunehmend in Zurückhaltung, da das Geschäftsklima für ausländische Unternehmen in China zurzeit von viel Unsicherheit geprägt ist. Deshalb wagt Peking in Sachen Marktöffnung nun zumindest rhetorisch einen Sprung nach vorn. Das ist zunächst einmal gut, denn wir können uns in künftigen Gesprächen nun auf noch konkretere Aussagen beziehen. Was wir uns jetzt wünschen ist, dass den Worten auch Taten folgen.

Worin genau besteht der „rhetorische Sprung“? Was hat sich qualitativ geändert zu früheren Plänen?

Gerade das zweite Kapitel des Plans zur Schaffung einer fairen Wettbewerbsumgebung nimmt erstmals ganz klar viele Forderungen auf, die wir in Peking seit Jahren vorgetragen haben. Wenn diese Punkte in den jeweils zuständigen Ministerien und lokalen Behörden tatsächlich konsequent umgesetzt werden, wären wir dem von uns gewünschten „Level-Playing-Field“ schon einen großen Schritt näher. Eine für ausländische und einheimische Unternehmen einheitliche Umsetzung von Gesetzen und Erteilung von Lizenzen, eine gleichberechtigte Beteiligung ausländischer Firmen bei der Standardsetzung und bei öffentlichen Ausschreibungen, der

effektive Schutz geistigen Eigentums sowie bessere Finanzierungsmöglichkeiten – das alles schafft ein günstigeres Investitionsumfeld und hilft deutschen Unternehmen ebenso wie China.

Also insgesamt ein Plan, wie ihn die deutsche Wirtschaft nicht besser hätte schreiben können?

In vielen Punkten unterstützen wir den Plan uneingeschränkt, ja. Einige Themen fallen aber vor allem durch ihre Abwesenheit auf. Im Kapitel zur weiteren Öffnung nach außen fehlen uns etwa noch einige wichtige Branchen. Es werden Marktzugangsbeschränkungen für viele Dienstleistungen, zum Bei-

Der 20-Punkte-Plan darf nicht nur ein Marketinginstrument bleiben, mit dem sich China einem internationalen Publikum als Promoter offener Märkte in Zeiten eines wachsenden Protektionismus präsentiert.

spiel im Finanz- und Versicherungsbereich, gelockert und mehr Kooperation bei intelligenter Fertigung und grüner Produktion angestrebt, vieles davon unter dem Schirm der „Made in China 2025“-Strategie. Zum einen bleibt aber unklar, ob es bei der vertieften Kooperation in diesen Bereichen wirklich um gleichberechtigten Wettbewerb geht oder weiter um den zügigen Aufbau chinesischer Champions auf Kosten der Marktanteile ausländischer Unternehmen. Zum anderen bleibt die Öffnung in wichtigen Sektoren, wie etwa der Informationstechnologie- oder der Automobilbranche, in dem Plan unerwähnt.

Werden Sie auf diese Lücken in zukünftigen Gesprächen hinweisen?

Wir werden kritisch begleiten, was aus dem 20-Punkte-Plan wird. Unser Wunsch ist es, in die Umsetzung des 20-Punk-

te-Planes mit eingebunden zu werden. Wir bieten an, zu helfen, wo immer dies möglich ist. Gleichzeitig werden wir, wo immer möglich, die umsetzenden Stellen, die in dem Plan zu den jeweiligen Punkten auch genau benannt werden, an die gesteckten Ziele erinnern. Das Papier darf nicht nur ein Marketinginstrument bleiben, mit dem sich China einem internationalen Publikum als Promoter offener Märkte in Zeiten eines wachsenden Protektionismus präsentiert. Wir werden auf die Umsetzung des Plans pochen ebenso wie wir weiter konstruktiv die Verhandlungen zum EU-China-Investitionsabkommen begleiten werden, mit dem wir ebenfalls große Hoffnungen verbinden, in China voranzukommen. Das Land hat einen langen Weg vor sich, den wir mit Verweis auf die dringend notwendige Umsetzung des 20-Punkte-Plans jetzt noch besser begleiten können. Meiner Einschätzung nach brauchen wir aber noch einen langen Atem. Die Widerstände gegen eine weitere Marktöffnung sind in der chinesischen Wirtschaft und Politik nicht unerheblich. Mir wäre es wichtig, dass wir in einem konkreten Feld zu einer neuen Art der Zusammenarbeit zwischen China und Deutschland finden. Die Einbeziehung der deutschen Automobilunternehmen, die ja erheblich in China investiert haben, in die Gestaltung einer neuen Quotenregelung für Elektroautos wäre ein gutes Beispiel.

Trotz allem Gesagten möchte ich gleichzeitig hervorheben, dass alle Veränderungen immer mit Papieren dieser Art beginnen. Wir sind also hoffnungsvoll.

APA-Geschäftsführung China:

Ferdinand Schaff
F.Schaff@bdi.eu
Telefon +49 30 2028 1409

Patricia Schetelig
P.Schetelig@bdi.eu
Telefon +49 30 2028 1532

www.asien-pazifik-ausschuss.de



HUBERT LIENHARD

ist Vorsitzender der Konzerngeschäftsführung der Voith GmbH und Vorsitzender des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft.

